

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Daniel Föst, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/6460 –

Entwicklung von Inobhutnahmen

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit dem Instrument der Inobhutnahme werden Kinder und Jugendliche in akuten Krisen- oder Gefahrensituationen durch das Jugendamt aufgenommen und außerhalb der eigenen Familie untergebracht. Rechtsgrundlage hierzu ist § 42 SGB VIII (SGB = Sozialgesetzbuch). Dabei können sich Minderjährige selbst in Obhut begeben oder die Inobhutnahme erfolgt aufgrund einer Meldung Dritter. Laut der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 22. August 2018 führten die Jugendämter im Jahr 2017 rund 614 000 vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (Inobhutnahmen) durch. Das sind zwar weniger als im Jahr 2016, die Anzahl der Inobhutnahmen seit 2005 ist aber auch ohne die Zahl der Inobhutnahmen nach unbegleiteter Einreise stark angestiegen (www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/08/PD18_311_225.html).

Rund 33 Prozent der im Jahr 2017 in Obhut genommenen Kinder waren unter 14 Jahren. Je jünger ein Kind ist, desto gravierender können die Folgen einer lange dauernden Inobhutnahme sein, da diese einen beträchtlichen Anteil der bisherigen Lebenszeitspanne des Kindes umfassen kann. So ist für ein zweijähriges Kind eine Zeitspanne von drei Monaten weitaus bedeutender als für ein 14-jähriges Kind.

1. Welche Gründe gibt es nach Auffassung der Bundesregierung für die Zunahme der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen seit 2005 (exklusive der Inobhutnahmen von minderjährigen unbegleiteten Ausländern)?

Zur Beantwortung wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 der Kleinen Anfrage zum Thema Unterstützende Maßnahmen für Bereitschaftspflegefamilien und Kinder in Bereitschaftspflegeverhältnissen/Inobhutnahmen auf Bundestagsdrucksache 19/6035 verwiesen.

2. Inwieweit unterscheiden sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahlen der Inobhutnahmen zwischen den Bundesländern (bitte nach Altersgruppen bis zum Alter von drei Jahren, der Drei- bis Achtjährigen sowie der älteren Kinder, nach Geschlecht und Jahren differenzieren)?

Die Inobhutnahmen werden in kommunaler Verantwortung von den örtlichen Jugendämtern durchgeführt. Auf dieser Ebene liegen erhebliche regionale Unterschiede vor.

Die entsprechend differenzierten Zahlen und die daraus resultierenden Unterschiede sind der als Anlage beigefügten Tabelle zu entnehmen.

3. Inwieweit ist im Zeitraum seit 2005 nach Kenntnis der Bundesregierung auch eine Erhöhung der Zahl der Sorgerechtsentzüge in Zusammenhang mit Inobhutnahmen zu verzeichnen (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst im Rahmen der Erhebung zu den Inobhutnahmen gemäß § 42 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII) nicht, inwiefern im Zusammenhang mit den durchgeführten Maßnahmen eine vollständige oder teilweise Übertragung der elterlichen Sorge gemäß 1666 Absatz 3 Nummer 6 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) durch die Familiengerichte vorgenommen worden ist. Auch im Rahmen der Erhebung zu den Übertragungen der elterlichen Sorge (Sorgerechtsentzüge) liegen keine Informationen darüber vor, bei wie vielen Fällen die oder der Minderjährige in Obhut genommen worden ist.

Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik hat allerdings bis 2011 die Zahl der gerichtlichen Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge erfasst und erhebt seit 2012 jährlich Angaben bei den Jugendämtern zu vollständigen oder teilweisen Übertragungen der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gemäß § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB (vgl. die nachfolgende Tabelle).

Übertragungen der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gemäß § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB (Deutschland; 2005 bis 2017; Angaben absolut)

	Fallzahlen
2005	8.686
2006	9.572
2007	10.769
2008	12.244
2009	12.164
2010	12.771
2011	12.723
Änderung der Erhebungsmerkmale durch Bundeskinderschutzgesetz ¹	
2012	14.370
2013	15.067
2014	17.029
2015	15.403
2016	17.168
2017	16.486

¹⁾ Zwischen 2005 und 2011 sind im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik jährlich die Zahlen zu den gerichtlichen Maßnahmen zum Entzug der elterlichen Sorge im Rahmen der Erfassung eines vollständigen oder teilweisen Entzug des Sorgerechts erhoben worden. Seit 2012 werden differenziertere Angaben zu einer vollständigen oder teilweisen Übertragung der elterlichen Sorge auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger gemäß § 1666 Absatz 3 Nummer 6 BGB erhoben.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Sorgerechtsentzug, Sorgeerklärungen; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Laut diesen Angaben der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik sind bis 2014 die sorgerechtlichen Maßnahmen der Familiengerichte gestiegen. Zwischen 2014 und 2017 ist hingegen kein eindeutiger Trend zu erkennen. Vielmehr variieren die jährlichen Fallzahlen zwischen rund 15 400 und knapp 17 200.

4. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl von Meldungen von Kindeswohlgefährdungen an das Jugendamt während der Jahre 2010 bis 2017 verändert (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Über die Hinweise auf mögliche Kindeswohlgefährdungen, die die Jugendämter erhalten, liegen keine bundesweiten Zahlen vor. Die Jugendämter melden jedoch im Rahmen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik seit 2013 jährlich Zahlen zu den Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII (vgl. nachfolgende Tabelle). Demnach hat das Jugendamt das Gefährdungsrisiko für eine oder einen Minderjährigen einzuschätzen, wenn dem Jugendamt „gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt (werden)“ (§ 8a Absatz 1 SGB VIII). Im Rahmen der Erhebung zu den Gefährdungseinschätzungen werden neben der Anzahl der Verfahren insgesamt auch die Gesamtbewertungen der Gefährdungssituationen durch die Jugendämter erfasst (vgl. nachfolgende Tabelle).

Gefährdungseinschätzungen der Jugendämter nach der Gesamtbewertung der Gefährdungssituation (Deutschland; 2013 bis 2017; Angaben absolut)¹

	2013	2014	2015	2016	2017
Insgesamt	115.687	124.213	129.485	136.925	143.275
davon					
Akute Kindeswohlgefährdung	17.211	18.630	20.806	21.571	21.694
Latente Kindeswohlgefährdung	21.411	22.419	24.188	24.206	24.054
Keine Kindeswohlgefährdung, aber Hilfe- oder Unterstützungsbedarf	37.848	41.543	43.185	46.623	48.949
Keine Kindeswohlgefährdung und kein (weiterer) Hilfe- oder Unterstützungsbedarf	39.217	41.621	41.306	44.525	48.578

¹ Die Ergebnisse für das Berichtsjahr 2012 werden nicht ausgewiesen, da es bei der ersten Durchführung der Erhebung zu erheblichen Untererfassungen gekommen ist. So fehlen beispielsweise im Bundesergebnisse Daten für den Stadtstaat Hamburg.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Gefährdungseinschätzungen nach § 8a Absatz 1 SGB VIII; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

5. Stimmt die Bundesregierung der Annahme der Fragesteller zu, dass die gestiegenen Zahlen bei jüngeren Kindern darauf hindeuten, dass die Jugendämter verstärkt den Schutz jüngerer Kinder im Blick haben?

Falls ja, auf welche (wissenschaftlichen) Erkenntnisse bzw. Studien stützt sich die Bundesregierung?

Falls nein, warum nicht?

Die Inobhutnahmen im Verhältnis zur altersgleichen Bevölkerung von Kindern unter 3 Jahren sind im Zeitraum von 2005 bis 2008 sowie die von Kindern von 3 bis unter 6 Jahren von 2005 bis 2013 gestiegen. Seitdem wurde ein Niveau erreicht, das – bei jährlichen Schwankungen – gehalten wird (vgl. Forschungsverbund DJI/TU Dortmund: Daten zum gesunden und sicheren Aufwachsen von Kindern. Vorläufige Schutzmaßnahmen. www.ifh.forschungsverbund.tu-dortmund.de/staatlicher-schutzauftrag/vorlaeufige-schutzmassnahmen/ [Zugriff: 18. Dezember 2018]). Bei jüngeren Kindern waren die Zuwächse größer als bei anderen Altersgruppen, wenn man Inobhutnahmen aufgrund unbegleiteter Einreise nicht berücksichtigt (vgl. Bange, D.: Haben sich die Eingriffsschwellen beim Kinderschutz verändert? Eine Analyse der Kinder- und Jugendhilfestatistik und einschlägiger Untersuchungen. In: Neue Praxis, H. 4/2018, S. 325 bis 341).

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

6. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Inobhutnahmen, die an Wochenenden oder nach 17 Uhr stattfinden (bitte für die letzten fünf Jahre auflisten)?

Die entsprechend differenzierten Zahlen und die daraus resultierenden Unterschiede sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Durchführung von Inobhutnahmen (§ 42 SGB VIII) insgesamt und nach dem Zeitpunkt der Schutzmaßnahme (Deutschland; 2013 bis 2017; Anzahl)

	Inobhutnahmen ...		
	... insgesamt (absolut)	... an Wochentagen nach 17.00 Uhr (Anteil von insg. in %)	... an Wochenenden (Anteil von insg. in %)
2013	42.123	29,1	16,4
2014	48.059	29,1	16,7
2015	77.645	26,5	14,1
2016	84.230	19,6	10,3
2017	50.282	23,2	11,4

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

7. Inwieweit haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung während der letzten fünf Jahre Veränderungen bei der Ausstattung der Jugendämter und deren Ausgabenbudgets mit Blick auf den Kinderschutz für Kinder bis zum Alter von drei Jahren, für die Drei- bis Achtjährigen sowie die älteren Kinder in den Bundesländern ergeben, die durch (Förder-)Projekte mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt finanziert werden (bitte nach Projekten, Bundesländern, Jahren und jeweiligem Budget aufschlüsseln)?

Die finanzielle Ausstattung der Jugendämter liegt in kommunaler Verantwortung. Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu Veränderungen in den Bundesländern bei der Ausstattung der Jugendämter und deren Ausgabenbudgets mit Blick auf den Kinderschutz für Kinder bis zum Alter von drei Jahren, für die drei- bis achtjährigen Kinder sowie für die älteren Kinder vor.

8. Lässt sich nach Kenntnis der Bundesregierung ein Zusammenhang aus den bekannten Daten zur Zahl der Inobhutnahmen und den für den Kinderschutz zur Verfügung stehenden Mitteln in den einzelnen Bundesländern ableiten, und wenn ja, welcher?

Wenn nein, geht die Bundesregierung davon aus, dass kein Zusammenhang besteht?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu einem Zusammenhang der Daten zur Zahl der Inobhutnahmen und den für den Kinderschutz zur Verfügung stehenden Mitteln in den einzelnen Bundesländern vor.

9. Welche Gründe haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren in statistisch relevanter Zahl zu Inobhutnahmen geführt?

Für jede Inobhutnahme können in der Meldung zur Statistik bis zu zwei Anlässe für die Maßnahme angegeben werden. In den Jahren 2015 bis 2017 wurde die unbegleitete Einreise aus dem Ausland am häufigsten als ein Anlass genannt. Davon abgesehen wird seit 2005 die Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils am häufigsten angegeben. Im Detail sind die Nennungen der als Anlage beigefügten Tabelle zu entnehmen.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

10. Inwieweit kann nach Kenntnis der Bundesregierung ein Zusammenhang zwischen einer erhöhten Zahl von Inobhutnahmen kleinerer Kinder und möglicherweise mehr Mitteln für den Kinderschutz in den einzelnen Bundesländern aus den Daten oder eine Verschiebung im Budget aus den Daten einzelner Altersgruppen abgeleitet werden?

Der Bundesregierung liegen keine diesbezüglichen Erkenntnisse vor.

11. Welche Maßnahmen haben die Bundesländer nach Kenntnis der Bundesregierung zum Schutz der Kinder vor Vernachlässigung, Misshandlung und sexuellem Missbrauch ergriffen und welche Rolle hat hierbei das „Nationale Zentrum Frühe Hilfen“ eingenommen?

Jedes Kind hat das elementare Recht, unbelastet und frei von emotionaler und körperlicher Gewalt aufzuwachsen. Der wirksame Schutz vor Vernachlässigung, Misshandlung, sexualisierter Gewalt und Ausbeutung ist für die Bundesregierung ein Anliegen von höchster Priorität.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert seit 2012 Netzwerke und Angebote im Bereich der Frühen Hilfen. Frühe Hilfen sind systemübergreifende Strukturen und Angeboten zur psychosozialen Unterstützung von Familien ab Beginn der Schwangerschaft und in den ersten drei Lebensjahren eines Kindes mit einem Schwerpunkt auf der Altersgruppe der 0- bis 3-Jährigen. Grundlegend sind Angebote, die sich an alle (werdenden) Eltern mit ihren Kindern im Sinne der Gesundheitsförderung richten (universelle/primäre Prävention). Darüber hinaus wenden sich Frühe Hilfen insbesondere an Familien in Problemlagen (selektive/sekundäre Prävention). Frühe Hilfen tragen in der Arbeit mit den Familien dazu bei, dass Risiken für das Wohl und die Entwicklung des Kindes frühzeitig wahrgenommen und reduziert werden. Seit dem Jahr 2018 ist die Förderung über die Bundesstiftung Frühe Hilfen dauerhaft gesichert. Die Bundesstiftung stellt jährlich 51 Mio. Euro zur Verfügung.

Die Bundesländer reichen bei der Bundesstiftung jährlich Anträge auf Förderung von Maßnahmen im Bereich der Frühen Hilfen ein. Aufgabe des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) ist hier insbesondere die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Maßnahmen im Sinne des Stiftungszwecks in enger Kooperation mit den Landeskordinierungsstellen durch Dauerbeobachtungen, Transfer in die Praxis, Koordination des länderübergreifenden Austausches mit den Ländern und den kommunalen Gebietskörperschaften sowie durch Öffentlichkeitsarbeit. Daneben existieren vielfältige eigene Angebote der Bundesländer im Bereich der Frühen Hilfen, die der Bundesstiftung jeweils im Rahmen eines länderspezifischen Gesamtkonzeptes vorgelegt werden. Entsprechende Informationen sind auch unter www.fruehehilfe.de erhältlich.

Zum Schutz vor sexualisierter Gewalt und Ausbeutung hat das BMFSFJ die im Koalitionsvertrag vereinbarte dauerhafte Einrichtung des Amtes einer/eines unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs umgesetzt. Zudem wurde die Arbeit des Betroffenenrates verstetigt und die Laufzeit der 2016 berufenen Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs bis Ende 2023 verlängert. In nahezu allen Tätigkeitsbereichen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt und Ausbeutung und für wirksame Hilfen und Unterstützung von in der Kindheit von sexualisierter Gewalt betroffenen Menschen besteht eine enge Kooperation mit den Bundesländern. Dazu sind alle zentralen Partner in der seit 2003 bestehenden Bund-Länder-NGO-Arbeitsgruppe „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung“, dem nationalen Koordinierungsmechanismus, vertreten. Eine Übersicht zu den bestehenden länderspezifischen Maßnahmen in diesem Bereich liegt der Bundesregierung nicht vor.

12. Hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung über den Zeitraum seit 2005 die durchschnittliche Verweildauer in Einrichtungen der Inobhutnahme (Inobhutnahmestellen, Bereitschaftspflegefamilien, geeignete Personen) verändert (bitte nach Jahren, Alter, Art der Inobhutnahmestelle und Bundesländern aufschlüsseln)?
 - a) Falls der Bundesregierung keine Daten darüber vorliegen, hält sie es für sinnvoll und notwendig, diese zu erheben?
 - b) Falls nicht, warum nicht?
 - c) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Daten dieser Art in den Bundesländern und/oder Kommunen systematisch erhoben werden?

Datenhalter der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik sind die Statistischen Ämter. Diese veröffentlichen ausgewählte Ergebnisse und stellen darüber hinaus anonymisierte Einzeldatensätze für wissenschaftliche Sekundäranalysen zur Verfügung. Im Grundsatz liegen in diesem Rahmen umfangreiche Datensätze vor, die im Rahmen der Vorschriften zur statistischen Geheimhaltung (§ 16 des Bundesstatistikgesetzes) zur Beantwortung der Frage herangezogen werden können.

Unmittelbar liegen der Bundesregierung die Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes sowie Ergebnisse des durch die Bundesregierung geförderten wissenschaftlichen Forschungsprojektes „Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik“ an der TU Dortmund vor.

Aus den Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes geht die Entwicklung der Dauer von Inobhutnahmen nach Jahren und Bundesländern anhand der Fallzahl nach Dauerklassen hervor (siehe die als Anlage beigefügte Tabelle). Nicht möglich sind auf dieser Grundlage eine weitere Differenzierung nach Alter, Art der Inobhutnahmestelle und Anlass der Maßnahme sowie die Ableitung eines Durchschnittswertes.

Weitere Erkenntnisse zur Dauer von Inobhutnahmen lassen sich den Veröffentlichungen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik entnehmen. Demnach ist zunächst eine Unterscheidung von Inobhutnahme aufgrund einer unbegleiteten Einreise und anderen Gründen notwendig.

Inobhutnahmen aufgrund unbegleiteter Einreise dauern länger als andere Inobhutnahmen:

Von den erstgenannten Maßnahmen dauerten im Jahr 2016 etwa 14 Prozent weniger als eine Woche, während 46 Prozent der letztgenannten höchstens 6 Tage dauerten. Die durchschnittliche Dauer von Inobhutnahmen ohne solche aufgrund einer unbegleiteten Einreise ist zwischen 2010 und 2016 bundesweit von durchschnittlich 24,8 Tagen auf durchschnittlich 35,7 Tage gestiegen, wobei der Durchschnittswert stark durch Einzelfälle mit besonders langer Dauer beeinflusst wird (vgl. Mühlmann, T.: Inobhutnahmen. In: Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik: Kinder- und Jugendhilfereport 2018, S. 146, im Erscheinen). Eine weitere zentrale Erkenntnis besteht darin, dass die Dauer von Inobhutnahmen mit dem Alter der betroffenen Minderjährigen zusammenhängt: Je jünger, desto länger dauern im Durchschnitt die Inobhutnahmen (vgl. Mühlmann, T.: Inobhutnahmen ohne unbegleitete ausländische Minderjährige bleiben auf hohem Niveau. In: KomDat Jugendhilfe, Nr. 2/2018, S. 10 bis 14).

13. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für diese Entwicklung?

Auf Basis welcher wissenschaftlichen Befunde kommt die Bundesregierung zu diesem Ergebnis?

Die Gründe für diese Entwicklung sind aus Sicht der Bundesregierung vielfältig. Bezogen auf die Gesamtentwicklung liegt ein wichtiger Grund für den Anstieg der Dauer im bis 2016 stark gestiegenen Anteil der Inobhutnahmen aufgrund unbegleiteter Einreise und den damit verbundenen Herausforderungen der Situationsklärung sowie der Organisation geeigneter Anschlusshilfen. Ein weiterer Grund für den Anstieg der Dauer liegt im erhöhten Anteil jüngerer Kinder (vgl. die Antwort zu Frage 12).

Zur Erklärung des Anstiegs der Dauer von Inobhutnahmen aus anderen Gründen als der unbegleiteten Einreise und auch über alle Altersgruppen hinweg liegen keine ausreichenden Forschungserkenntnisse vor (vgl. Bange, D.: Haben sich die Eingriffsschwellen beim Kinderschutz verändert? Eine Analyse der Kinder- und Jugendhilfestatistik und einschlägiger Untersuchungen. In: Neue Praxis, H. 4/2018, S. 325 bis 341).

Beobachtet werden hinsichtlich der Dauer auch erhebliche regionale Unterschiede (vgl. Antwort zu Frage 2 sowie Mühlmann, T.: Inobhutnahmen. In: Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik: Kinder- und Jugendhilfereport 2018, S. 146, im Erscheinen).

Die Daten des Statistischen Bundesamtes und der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik zu Inobhutnahmen zeigen aus Sicht der Bundesregierung jedoch insgesamt, dass die Jugendämter mit großer Aufmerksamkeit und hohem Einsatz zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in akuten Gefährdungssituationen agieren.

14. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil derjenigen Kinder und Jugendlichen, die nach der Inobhutnahme an die Eltern auf deren Wunsch herausgegeben werden, und in wie vielen Fällen wurde eine Entscheidung des Familiengerichts herbeigeführt (bitte zwischen den bis dreijährigen Kindern, den Drei- bis Achtjährigen, den älteren Kindern und dem Geschlecht sowie Bundesländern differenzieren)?

Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik erfasst die Zahl der Inobhutnahmen, die mit einer Rückkehr der Minderjährigen zu den Personensorgeberechtigten endeten. Da dies bei unbegleiteten ausländischen Minderjährigen in der Regel nicht möglich ist, stellt die nachfolgende Tabelle die nach Bundesländern differenzierten Angaben für die Inobhutnahmen ohne unbegleitete ausländische Minderjährige dar. Weitere Differenzierungen für das Erhebungsjahr 2017 nach Alter und Geschlecht sind mit dem vorliegenden Datenmaterial nicht möglich. Entscheidungen des Familiengerichts werden im Zusammenhang mit den Inobhutnahmen nicht statistisch erfasst (siehe auch Antwort zu Frage 3).

Inobhutnahmen (ohne unbegleitete ausländische Minderjährige) nach Rückkehr zu Personensorgeberechtigten nach Abschluss der Maßnahme und Bundesländern (Deutschland; 2017)

	Inobhutnahmen gem. § 42 SGB VIII (ohne UMA)		
	gesamt	darunter mit Rückkehr zu Personensorgeberechtigten	
	absolut	absolut	Anteil in%
Baden-Württemberg	4.076	1.708	42
Bayern	2.768	1.264	46
Berlin	1.083	329	30
Brandenburg	1.877	692	37
Bremen	537	195	36
Hamburg	1.317	361	27
Hessen	2.904	1.303	45
Mecklenburg-Vorpommern	1.107	505	46
Niedersachsen	3.961	1.661	42
Nordrhein-Westfalen	10.605	4.357	41
Rheinland-Pfalz	1.211	414	34
Saarland	512	202	39
Sachsen	2.779	1.101	40
Sachsen-Anhalt	886	373	42
Schleswig-Holstein	2.045	793	39
Thüringen	1.223	496	41
Gesamt	38.891	15.754	41

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen; 2017; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Für das Erhebungsjahr 2016 stellte die Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik darüber hinaus fest, dass der Anteil der Rückkehrenden insgesamt 44 Prozent betrug, wenn auch die Maßnahmen mitgezählt werden, bei denen Minderjährige bereits vor der Inobhutnahme in einer Einrichtung oder einer Pflegefamilie lebten und im Anschluss in diese zurückkehrten.

Bei den unter 3-Jährigen war der Anteil der nach einer Inobhutnahme an den vorherigen Lebensort zurückkehrenden mit 41 Prozent etwas geringer als der Gesamtwert (44 Prozent), während einer bei den 3- bis unter 6-Jährigen mit 50 Prozent etwas höher lag. Am geringsten war der Anteil der Zurückkehrenden mit 35 Prozent bei der Altersgruppe der 16- bis unter 18-Jährigen (vgl. Mühlmann, T.: Inobhutnahmen ohne unbegleitete ausländische Minderjährige bleiben auf hohem Niveau. In: KomDat Jugendhilfe, Nr. 2/2018, S. 10 bis 14).

Anlage zu Frage 2

Inobhutnahmen gemäß § 42 SGB VIII nach Geschlecht, Altersgruppe und Bundesland (2005 bis 2017; Angaben absolut)

Geschlecht	Altersgruppe	Bundesland	Jahr												
			2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	gesamt	Baden-Württemberg	1.658	1.861	2.106	2.736	2.744	3.027	3.346	3.617	3.809	4.601	8.367	11.714	5.156
		Bayern	1.882	1.892	2.129	2.554	2.596	2.883	2.982	3.046	2.841	4.675	15.295	6.730	3.548
		Berlin	1.273	1.342	1.315	1.265	1.336	1.243	1.768	2.329	2.268	2.666	2.990	2.005	2.015
		Brandenburg	1.344	1.264	1.235	1.310	1.458	1.457	1.522	1.470	1.459	1.773	2.030	2.930	2.284
		Bremen	217	251	390	483	410	527	418	487	421	904	1.145	1.330	834
		Hamburg	1.161	1.161	1.224	1.240	1.325	1.730	1.906	1.632	1.866	2.045	1.940	2.140	1.826
		Hessen	2.056	1.853	2.010	2.605	2.714	2.989	2.997	3.011	3.702	3.948	7.056	5.178	3.478
		Mecklenburg-Vorpommern	861	899	966	972	917	1.021	1.037	981	994	845	1.271	1.759	1.508
		Niedersachsen	2.060	2.088	2.235	2.933	3.016	3.109	3.561	3.560	3.738	3.885	5.842	8.347	4.819
		Nordrhein-Westfalen	7.941	8.018	8.499	9.347	9.932	10.438	10.617	11.475	12.259	13.198	16.649	22.193	13.484
		Rheinland-Pfalz	530	582	792	904	880	1.075	1.174	1.288	1.302	1.229	1.677	3.152	1.653
		Saarland	144	160	234	357	485	501	612	728	599	817	1.638	1.205	569
		Sachsen	1.996	1.939	2.042	2.005	1.977	2.405	2.393	2.574	2.767	2.800	4.104	5.774	3.855
		Sachsen-Anhalt	934	823	828	973	1.046	1.099	1.155	1.082	844	972	1.433	2.298	1.183
		Schleswig-Holstein	847	1.023	1.231	1.408	1.898	1.880	1.952	1.844	2.089	2.475	4.026	4.836	2.555
		Thüringen	760	842	956	1.161	976	959	1.016	1.103	1.165	1.226	2.182	2.639	1.515
	bis unter 3	Baden-Württemberg	134	153	220	274	296	302	281	321	327	381	362	458	498
		Bayern	146	161	240	270	302	325	354	318	256	275	369	372	373
		Berlin	60	111	94	117	114	151	161	176	187	154	143	82	121
		Brandenburg	73	73	100	91	119	120	141	117	101	134	136	150	163
		Bremen	6	9	44	61	30	30	40	29	33	74	61	46	75
		Hamburg	72	101	110	94	94	114	104	106	82	121	123	159	158
		Hessen	169	196	227	307	307	289	353	318	370	330	369	401	351
		Mecklenburg-Vorpommern	46	100	85	127	108	129	125	106	125	105	111	110	118
		Niedersachsen	134	185	185	272	289	270	302	323	369	359	354	429	439
		Nordrhein-Westfalen	465	507	524	719	745	793	868	1.108	1.103	1.142	1.191	1.261	1.282
		Rheinland-Pfalz	37	67	89	107	107	130	141	108	146	113	137	171	166
		Saarland	18	21	33	40	56	58	45	53	45	61	58	58	64
		Sachsen	232	238	283	309	325	344	346	451	463	495	512	513	511
		Sachsen-Anhalt	118	84	127	136	144	138	150	139	153	127	162	174	131
		Schleswig-Holstein	42	90	118	129	145	119	148	152	176	175	175	203	220
		Thüringen	59	91	151	180	153	126	155	205	196	211	208	230	205

Geschlecht	Altersgruppe	Bundesland	Jahr												
			2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	3 bis unter 6	Baden-Württemberg	92	106	122	200	172	211	178	207	191	222	235	285	298
		Bayern	116	128	153	202	186	210	276	235	198	174	315	242	231
		Berlin	58	86	65	76	92	75	134	86	86	83	86	53	65
		Brandenburg	61	61	56	77	107	99	100	103	85	115	81	102	104
		Bremen	6	14	28	35	20	30	24	31	29	62	54	39	42
		Hamburg	66	62	80	61	54	60	73	61	41	47	70	95	66
		Hessen	113	111	148	189	192	171	181	171	190	208	214	272	222
		Mecklenburg-Vorpommern	43	64	95	107	87	102	103	92	93	78	78	106	93
		Niedersachsen	107	142	133	204	213	191	197	215	226	188	234	278	251
		Nordrhein-Westfalen	315	370	393	466	506	562	491	635	539	656	603	739	747
		Rheinland-Pfalz	39	36	60	75	68	68	98	61	83	75	106	97	96
		Saarland	7	9	23	29	23	23	34	28	20	39	31	38	37
		Sachsen	152	139	188	235	216	259	255	291	282	281	255	233	268
		Sachsen-Anhalt	73	72	87	126	97	99	96	124	76	76	112	96	98
		Schleswig-Holstein	43	75	93	100	106	71	103	104	109	97	97	159	133
		Thüringen	52	68	89	128	102	100	121	109	132	112	151	138	115
	6 bis unter 9	Baden-Württemberg	80	107	113	180	161	171	184	206	196	196	259	278	261
		Bayern	133	110	157	215	171	203	307	330	187	199	300	209	238
		Berlin	48	60	59	77	71	71	107	95	108	91	73	65	61
		Brandenburg	73	62	63	84	89	83	103	96	71	91	105	117	131
		Bremen	7	4	30	34	24	30	26	23	15	40	41	44	39
		Hamburg	54	52	52	50	43	69	59	51	54	60	80	92	70
		Hessen	113	112	157	212	147	167	221	183	177	172	202	263	249
		Mecklenburg-Vorpommern	52	69	61	92	67	94	97	96	64	65	78	106	91
		Niedersachsen	133	133	147	209	166	198	215	190	209	212	251	284	301
		Nordrhein-Westfalen	287	349	349	451	458	458	478	594	598	589	648	790	791
		Rheinland-Pfalz	38	43	43	70	74	64	78	74	66	69	69	95	90
		Saarland	10	12	13	20	30	18	27	26	25	23	46	32	39
		Sachsen	103	139	169	185	164	203	193	220	236	230	240	211	203
		Sachsen-Anhalt	51	71	72	90	78	100	68	101	56	82	94	104	64
		Schleswig-Holstein	48	74	70	73	68	76	106	88	93	89	75	116	111
		Thüringen	47	62	112	110	72	80	105	103	117	114	168	137	119

Geschlecht	Alters- gruppe	Bundesland	Jahr												
			2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	9 bis unter 12	Baden-Württemberg	134	142	190	194	191	223	277	262	262	284	321	397	364
		Bayern	150	124	178	211	195	234	317	295	255	231	426	319	306
		Berlin	80	80	99	76	81	69	149	144	105	109	132	82	80
		Brandenburg	96	85	89	115	126	142	168	130	103	139	150	178	202
		Bremen	10	14	25	33	22	30	26	25	8	41	45	36	39
		Hamburg	69	75	63	62	51	70	76	62	49	77	102	99	97
		Hessen	184	133	174	217	215	239	229	214	249	233	249	318	279
		Mecklenburg- Vorpommern	37	59	86	94	81	96	104	112	100	79	105	149	154
		Niedersachsen	143	174	177	229	250	260	279	246	308	279	326	422	418
		Nordrhein-Westfalen	495	478	485	555	583	648	709	764	824	833	810	1.076	924
		Rheinland-Pfalz	44	58	72	70	68	95	99	102	105	97	121	128	132
		Saarland	12	7	17	34	29	36	41	37	39	54	75	49	41
		Sachsen	171	176	186	154	169	260	219	244	274	242	263	287	236
		Sachsen-Anhalt	91	89	72	77	122	122	131	127	101	88	128	130	98
		Schleswig-Holstein	62	93	107	112	111	119	142	142	144	149	148	212	164
		Thüringen	53	75	93	113	120	109	117	98	91	135	178	170	152
	12 bis unter 14	Baden-Württemberg	230	266	270	336	348	398	487	492	494	512	649	737	560
		Bayern	255	243	238	272	274	325	329	384	295	365	936	521	364
		Berlin	151	152	142	116	103	130	196	214	148	150	267	223	138
		Brandenburg	184	165	169	183	209	230	255	275	217	263	247	335	287
		Bremen	25	43	51	60	40	34	30	41	37	58	60	75	71
		Hamburg	146	123	101	167	129	139	157	154	93	171	138	182	154
		Hessen	292	229	255	284	314	378	371	360	406	386	450	490	404
		Mecklenburg- Vorpommern	133	138	125	134	139	162	161	159	147	115	147	194	224
		Niedersachsen	304	252	312	417	351	394	487	483	472	488	557	660	533
		Nordrhein-Westfalen	1.158	1.190	1.071	1.127	1.180	1.302	1.244	1.413	1.847	1.728	1.545	1.877	1.411
		Rheinland-Pfalz	70	72	107	112	119	142	159	199	169	167	169	215	165
		Saarland	22	23	37	46	52	51	43	66	62	73	129	100	67
		Sachsen	291	260	261	228	269	332	327	365	335	328	451	515	346
		Sachsen-Anhalt	138	138	105	139	161	173	176	166	140	160	158	182	118
		Schleswig-Holstein	133	127	168	200	217	224	233	218	240	256	316	408	301
		Thüringen	133	106	88	129	126	142	111	175	155	174	225	224	165

Geschlecht	Alters- gruppe	Bundesland	Jahr												
			2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	14 bis unter 16	Baden-Württemberg	536	574	647	838	788	903	941	1.037	1.087	1.179	2.001	2.422	1.126
		Bayern	590	549	562	673	674	770	734	746	803	1.081	3.853	1.392	717
		Berlin	444	447	441	389	413	322	558	660	564	698	780	549	576
		Brandenburg	478	418	371	395	425	434	412	408	506	496	564	745	602
		Bremen	94	91	108	145	133	151	97	125	102	145	222	255	149
		Hamburg	392	369	417	395	429	533	648	454	437	524	503	487	591
		Hessen	656	559	514	704	771	865	791	830	818	937	1.656	1.186	790
		Mecklenburg- Vorpommern	318	245	218	215	228	233	261	250	274	200	310	390	310
		Niedersachsen	682	647	678	855	829	858	1.009	1.033	996	1.026	1.455	2.060	1.110
		Nordrhein-Westfalen	2.923	2.758	2.873	3.145	3.310	3.364	3.514	3.170	3.744	3.929	4.470	5.666	3.229
		Rheinland-Pfalz	151	180	179	217	226	289	278	328	296	292	439	615	349
		Saarland	41	41	54	84	139	152	168	188	146	174	333	252	144
		Sachsen	593	568	477	459	453	528	605	515	605	546	1.024	1.269	776
		Sachsen-Anhalt	285	210	203	186	248	295	311	242	152	250	334	464	254
		Schleswig-Holstein	289	334	356	415	572	607	594	565	583	712	1.215	1.172	721
		Thüringen	222	235	228	236	186	226	237	238	258	243	514	564	270
	16 bis unter 18	Baden-Württemberg	452	513	544	714	788	819	998	1.092	1.252	1.827	4.540	7.137	2.049
		Bayern	492	577	601	711	794	816	665	738	847	2.350	9.096	3.675	1.319
		Berlin	432	406	415	414	462	425	463	954	1.070	1.381	1.509	951	974
		Brandenburg	379	400	387	365	383	349	343	341	376	535	747	1.303	795
		Bremen	69	76	104	115	141	222	175	213	197	484	662	835	419
		Hamburg	362	379	401	411	525	745	789	744	1.110	1.045	924	1.026	690
		Hessen	529	513	535	692	768	880	851	935	1.492	1.682	3.916	2.248	1.183
		Mecklenburg- Vorpommern	232	224	296	203	207	205	186	166	191	203	442	704	518
		Niedersachsen	557	555	603	747	918	938	1.072	1.070	1.158	1.333	2.665	4.214	1.767
		Nordrhein-Westfalen	2.298	2.366	2.804	2.884	3.150	3.311	3.313	3.791	3.604	4.321	7.382	10.784	5.100
		Rheinland-Pfalz	151	126	242	253	218	287	321	416	437	416	636	1.831	655
		Saarland	34	47	57	104	156	163	254	330	262	393	966	676	177
		Sachsen	454	419	478	435	381	479	448	488	572	678	1.359	2.746	1.515
		Sachsen-Anhalt	178	159	162	219	196	172	223	183	166	189	445	1.148	420
		Schleswig-Holstein	230	230	319	379	679	664	626	575	744	997	2.000	2.566	905
		Thüringen	194	205	195	265	217	176	170	175	216	237	738	1.176	489

Geschlecht	Altersgruppe	Bundesland	Jahr												
			2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Männlich	gesamt	Baden-Württemberg	688	806	865	1.161	1.293	1.341	1.496	1.675	1.867	2.676	6.221	9.027	2.989
		Bayern	757	824	910	1.158	1.141	1.349	1.283	1.397	1.349	2.904	12.189	4.896	1.977
		Berlin	595	644	666	650	690	597	811	1.373	1.398	1.820	2.141	1.295	1.335
		Brandenburg	575	592	543	594	615	689	665	619	670	893	1.150	1.954	1.314
		Bremen	99	123	181	216	158	214	191	229	191	529	772	1.031	515
		Hamburg	535	508	595	625	686	1.026	1.182	1.052	1.388	1.501	1.370	1.470	1.134
		Hessen	907	816	905	1.171	1.285	1.408	1.459	1.464	2.049	2.382	5.480	3.320	1.811
		Mecklenburg-Vorpommern	417	444	438	452	429	496	489	475	477	408	791	1.205	943
		Niedersachsen	961	951	991	1.375	1.428	1.505	1.685	1.674	1.815	1.916	3.916	5.982	2.634
		Nordrhein-Westfalen	3.410	3.405	3.789	4.279	4.653	4.681	4.971	5.579	6.355	7.131	10.637	15.612	7.563
		Rheinland-Pfalz	205	241	366	418	391	512	567	673	640	627	1.052	2.335	949
		Saarland	68	68	98	168	213	243	380	476	344	547	1.356	880	272
		Sachsen	977	957	988	976	984	1.252	1.226	1.392	1.472	1.436	2.615	4.214	2.340
		Sachsen-Anhalt	421	368	420	460	507	536	577	534	395	475	852	1.641	693
		Schleswig-Holstein	424	553	554	723	1.145	1.096	1.125	1.057	1.218	1.597	3.065	3.655	1.511
		Thüringen	300	340	441	546	482	435	469	496	560	533	1.507	1.842	902
Weiblich	gesamt	Baden-Württemberg	970	1.055	1.241	1.575	1.451	1.686	1.850	1.942	1.942	1.925	2.146	2.687	2.167
		Bayern	1.125	1.068	1.219	1.396	1.455	1.534	1.699	1.649	1.492	1.771	3.106	1.834	1.571
		Berlin	678	698	649	615	646	646	957	956	870	846	849	710	680
		Brandenburg	769	672	692	716	843	768	857	851	789	880	880	976	970
		Bremen	118	128	209	267	252	313	227	258	230	375	373	299	319
		Hamburg	626	653	629	615	639	704	724	580	478	544	570	670	692
		Hessen	1.149	1.037	1.105	1.434	1.429	1.581	1.538	1.547	1.653	1.566	1.576	1.858	1.667
		Mecklenburg-Vorpommern	444	455	528	520	488	525	548	506	517	437	480	554	565
		Niedersachsen	1.099	1.137	1.244	1.558	1.588	1.604	1.876	1.886	1.923	1.969	1.926	2.365	2.185
		Nordrhein-Westfalen	4.531	4.613	4.710	5.068	5.279	5.757	5.646	5.896	5.904	6.067	6.012	6.581	5.921
		Rheinland-Pfalz	325	341	426	486	489	563	607	615	662	602	625	817	704
		Saarland	76	92	136	189	272	258	232	252	255	270	282	325	297
		Sachsen	1.019	982	1.054	1.029	993	1.153	1.167	1.182	1.295	1.364	1.489	1.560	1.515
		Sachsen-Anhalt	513	455	408	513	539	563	578	548	449	497	581	657	490
		Schleswig-Holstein	423	470	677	685	753	784	827	787	871	878	961	1.181	1.044
		Thüringen	460	502	515	615	494	524	547	607	605	693	675	797	613

Quelle: Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Anlage zu Frage 9

Inobhutnahmen gemäß § 42 SGB VIII nach Anlass der Maßnahme (2005 bis 2017; Angaben absolut)

	Jahr												
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Insgesamt	25.442	25.847	27.757	31.890	33.400	35.418	37.675	39.365	41.222	48.059	77.645	84.230	50.282
Darunter nach Anlass der Maßnahme*													
Integrationsprobleme im Heim/Pflegefamilie	1.730	1.712	1.887	2.165	2.116	2.076	2.366	2.515	2.705	2.957	2.915	3.525	3.218
Überforderung der Eltern/eines Elternteils	10.366	10.778	12.214	14.182	14.691	15.433	16.406	16.783	16.361	17.215	16.400	17.462	17.241
Schul-/Ausbildungsprobleme	1.439	1.423	1.443	1.520	1.537	1.682	1.697	1.752	1.617	1.689	1.597	1.589	1.604
Vernachlässigung	2.812	2.942	3.309	3.863	3.749	4.037	4.344	4.450	4.403	4.745	4.846	5.454	5.425
Delinquenz des Kindes/Straftat des Jugendlichen	1.856	1.787	1.823	1.970	1.998	2.029	2.154	2.460	2.703	2.730	2.502	2.992	2.920
Suchtprobleme des Kindes/Jugendlichen	975	747	738	847	884	896	1.074	1.149	1.204	1.449	1.289	1.498	1.618
Anzeichen für Kindesmisshandlungen	2.359	2.419	2.447	3.013	3.087	3.344	3.602	3.648	3.690	3.862	4.023	4.619	4.888
Anzeichen für sexuellen Missbrauch	655	612	563	614	594	677	690	612	590	642	611	607	686
Trennung oder Scheidung der Eltern	461	535	589	702	803	786	748	711	723	784	683	685	680
Wohnungsprobleme	617	748	837	823	1.088	1.029	1.152	1.230	1.322	1.401	1.538	2.054	1.645
unbegleitete Einreise aus dem Ausland	602	612	888	1.099	1.949	2.822	3.482	4.767	6.584	11.642	42.309	44.935	11.391
Beziehungsprobleme	6.581	6.777	6.817	7.115	7.195	7.014	6.816	6.653	6.715	6.837	6.222	5.592	5.167
Sonstige Probleme	7.294	7.220	7.725	9.111	9.162	9.374	9.890	10.801	11.497	12.165	14.512	15.752	14.308
* Für jedes Kind oder Jugendlichen konnten bis zu zwei Anlässe der Maßnahme angegeben werden.													

Quelle: Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Anlage zu Frage 12

Inobhutnahmen gemäß § 42 SGB VIII nach Dauer der Maßnahme und Bundesländern (2005 bis 2016; Angaben absolut)

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2005	Baden-Württemberg	1.658	204	223	136	88	76	51	263	617
	Bayern	1.882	287	210	160	116	93	66	367	583
	Berlin	1.273	506	175	71	59	39	29	116	278
	Brandenburg	1.344	295	211	101	97	79	80	267	214
	Bremen	217	10	16	17	9	5	9	40	111
	Hamburg	1.161	174	187	78	64	46	33	181	398
	Hessen	2.056	253	153	96	92	72	54	333	1.003
	Mecklenburg- Vorpommern	861	195	147	79	44	44	39	161	152
	Niedersachsen	2.060	340	200	158	90	103	70	413	686
	Nordrhein-Westfalen	7.941	2.810	801	452	332	238	203	1.149	1.956
	Rheinland-Pfalz	530	57	74	28	37	31	23	133	147
	Saarland	144	20	19	5	10	11	5	28	46
	Sachsen	1.996	352	346	163	106	83	67	371	508
	Sachsen-Anhalt	934	242	158	52	45	41	16	108	272
	Schleswig-Holstein	847	94	93	38	38	39	25	174	346
	Thüringen	760	150	85	57	46	25	33	144	220

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2006	Baden-Württemberg	1.861	225	222	128	105	76	65	318	722
	Bayern	1.892	314	221	166	113	93	62	292	631
	Berlin	1.342	465	184	95	66	45	37	150	300
	Brandenburg	1.264	308	158	84	85	66	59	287	217
	Bremen	251	22	29	14	9	9	7	46	115
	Hamburg	1.161	178	182	95	71	51	31	198	355
	Hessen	1.853	234	127	102	80	59	45	283	923
	Mecklenburg-Vorpommern	899	189	125	68	60	47	45	161	204
	Niedersachsen	2.088	317	189	154	115	77	57	348	831
	Nordrhein-Westfalen	8.018	2.727	707	467	386	294	226	1.137	2.074
	Rheinland-Pfalz	582	142	62	36	41	28	27	94	152
	Saarland	160	25	10	13	7	15	9	31	50
	Sachsen	1.939	365	262	139	120	82	75	315	581
	Sachsen-Anhalt	823	208	108	53	47	33	23	111	240
	Schleswig-Holstein	1.023	148	106	59	58	33	29	165	425
	Thüringen	842	176	80	67	47	28	43	128	273

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2007	Baden-Württemberg	2.106	227	197	185	112	105	96	388	796
	Bayern	2.129	292	215	152	119	129	66	350	806
	Berlin	1.315	537	187	81	49	46	46	107	262
	Brandenburg	1.235	256	202	117	78	55	46	232	249
	Bremen	390	7	27	16	9	17	11	72	231
	Hamburg	1.224	183	156	80	76	59	33	226	411
	Hessen	2.010	150	168	111	73	70	59	313	1.066
	Mecklenburg-Vorpommern	966	148	126	63	67	64	41	214	243
	Niedersachsen	2.235	336	211	121	121	89	70	357	930
	Nordrhein-Westfalen	8.499	3.121	742	486	365	306	222	1.189	2.068
	Rheinland-Pfalz	792	135	85	57	39	35	28	135	278
	Saarland	234	19	15	12	15	14	12	69	78
	Sachsen	2.042	347	304	148	107	93	88	416	539
	Sachsen-Anhalt	828	219	116	57	45	42	13	113	223
	Schleswig-Holstein	1.231	177	171	64	52	49	57	175	486
	Thüringen	956	145	115	62	60	30	36	173	335

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2008	Baden-Württemberg	2.736	281	254	180	106	143	101	473	1.198
	Bayern	2.554	308	256	182	136	114	100	485	973
	Berlin	1.265	553	194	103	47	38	28	127	175
	Brandenburg	1.310	218	182	124	97	81	62	255	291
	Bremen	483	36	47	42	32	16	15	73	222
	Hamburg	1.240	185	203	100	60	53	40	180	419
	Hessen	2.605	141	251	139	103	99	56	406	1.410
	Mecklenburg-Vorpommern	972	133	129	75	78	37	63	199	258
	Niedersachsen	2.933	344	250	161	141	154	102	501	1.280
	Nordrhein-Westfalen	9.347	2.865	860	579	444	352	320	1.309	2.618
	Rheinland-Pfalz	904	134	71	73	60	48	22	179	317
	Saarland	357	22	19	16	12	17	9	80	182
	Sachsen	2.005	334	291	133	130	109	67	358	583
	Sachsen-Anhalt	973	238	130	82	51	47	31	138	256
	Schleswig-Holstein	1.408	173	153	97	69	67	41	283	525
	Thüringen	1.161	130	130	77	65	44	31	220	464

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2009	Baden-Württemberg	2.744	293	237	149	145	108	77	458	1.277
	Bayern	2.596	282	253	180	134	116	99	473	1.059
	Berlin	1.336	558	222	98	57	52	22	124	203
	Brandenburg	1.458	246	207	109	114	86	74	307	315
	Bremen	410	32	38	58	17	12	11	53	189
	Hamburg	1.325	148	193	79	77	50	45	213	520
	Hessen	2.714	138	139	122	67	69	49	338	1.792
	Mecklenburg-Vorpommern	917	164	108	65	56	54	38	182	250
	Niedersachsen	3.016	418	294	167	134	137	87	466	1.313
	Nordrhein-Westfalen	9.932	3.142	935	598	485	375	264	1.466	2.667
	Rheinland-Pfalz	880	192	76	42	44	38	34	153	301
	Saarland	485	51	25	18	12	23	4	78	274
	Sachsen	1.977	321	251	146	121	92	82	372	592
	Sachsen-Anhalt	1.046	266	147	75	55	45	38	161	259
	Schleswig-Holstein	1.898	229	218	148	125	75	69	351	683
	Thüringen	976	136	113	70	51	39	34	185	348

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2010	Baden-Württemberg	3.027	329	275	196	164	149	107	574	1.233
	Bayern	2.883	348	242	177	128	141	87	448	1.312
	Berlin	1.243	447	176	93	42	48	26	161	250
	Brandenburg	1.457	246	208	134	90	82	68	263	366
	Bremen	527	54	58	68	26	20	8	64	229
	Hamburg	1.730	193	191	128	94	77	70	306	671
	Hessen	2.989	218	218	160	123	87	75	448	1.660
	Mecklenburg- Vorpommern	1.021	160	123	91	62	73	31	201	280
	Niedersachsen	3.109	316	277	191	133	110	103	496	1.483
	Nordrhein-Westfalen	10.438	3.153	934	622	449	405	305	1.430	3.140
	Rheinland-Pfalz	1.075	184	84	87	65	52	31	190	382
	Saarland	501	43	26	26	20	23	11	104	248
	Sachsen	2.405	353	351	159	149	120	114	452	707
	Sachsen-Anhalt	1.099	257	163	99	60	46	57	177	240
	Schleswig-Holstein	1.880	212	259	156	113	95	61	316	668
	Thüringen	959	112	101	83	61	49	40	158	355

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnah- men insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2011	Baden-Württemberg	3.346	404	356	202	178	130	145	556	1.375
	Bayern	2.982	295	288	166	128	146	93	525	1.341
	Berlin	1.768	534	295	122	115	63	55	189	395
	Brandenburg	1.522	232	189	137	106	99	76	294	389
	Bremen	418	48	42	62	23	10	8	59	166
	Hamburg	1.906	168	196	139	108	77	56	471	691
	Hessen	2.997	139	222	104	134	100	68	474	1.756
	Mecklenburg- Vorpommern	1.037	134	120	95	61	64	46	248	269
	Niedersachsen	3.561	395	359	208	162	133	149	591	1.564
	Nordrhein-Westfalen	10.617	3.142	934	675	500	390	302	1.427	3.247
	Rheinland-Pfalz	1.174	204	139	66	45	61	32	202	425
	Saarland	612	70	58	35	26	25	10	107	281
	Sachsen	2.393	388	302	164	107	104	97	470	761
	Sachsen-Anhalt	1.155	275	129	78	80	46	34	230	283
	Schleswig-Holstein	1.952	148	283	187	115	115	65	331	708
	Thüringen	1.016	116	93	67	60	62	47	191	380

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2012	Baden-Württemberg	3.617	341	340	179	155	166	129	649	1.658
	Bayern	3.046	351	261	176	141	126	98	563	1.330
	Berlin	2.329	512	363	235	112	73	55	213	766
	Brandenburg	1.470	194	226	135	94	78	75	278	390
	Bremen	487	54	24	66	24	14	15	64	226
	Hamburg	1.632	346	153	113	101	64	49	362	444
	Hessen	3.011	164	275	143	128	110	77	432	1.682
	Mecklenburg-Vorpommern	981	100	147	101	74	53	38	200	268
	Niedersachsen	3.560	378	349	198	177	137	87	583	1.651
	Nordrhein-Westfalen	11.475	2.537	1.322	653	547	381	352	1.661	4.022
	Rheinland-Pfalz	1.288	198	187	92	78	53	64	199	417
	Saarland	728	62	60	48	35	30	18	140	335
	Sachsen	2.574	342	333	173	157	114	105	469	881
	Sachsen-Anhalt	1.082	196	155	113	60	59	29	182	288
	Schleswig-Holstein	1.844	137	251	148	96	66	69	330	747
	Thüringen	1.103	93	118	74	67	54	55	201	441

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2013	Baden-Württemberg	3.809	407	343	221	181	140	153	650	1.714
	Bayern	2.841	242	269	197	157	124	93	492	1.267
	Berlin	2.268	405	275	250	155	99	69	227	788
	Brandenburg	1.459	174	251	107	111	92	67	330	327
	Bremen	421	29	31	58	20	29	9	54	191
	Hamburg	1.866	370	142	100	74	87	82	454	557
	Hessen	3.702	165	393	186	166	141	99	610	1.942
	Mecklenburg-Vorpommern	994	112	143	78	60	52	53	204	292
	Niedersachsen	3.738	340	357	178	156	140	97	605	1.865
	Nordrhein-Westfalen	12.259	2.883	1.430	670	570	484	357	1.693	4.172
	Rheinland-Pfalz	1.302	198	176	81	72	60	44	225	446
	Saarland	599	66	62	25	12	24	16	82	312
	Sachsen	2.767	312	352	204	182	108	102	525	982
	Sachsen-Anhalt	844	149	131	72	65	33	29	137	228
	Schleswig-Holstein	2.089	157	235	149	118	104	61	319	946
	Thüringen	1.165	110	113	113	68	55	44	231	431

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2014	Baden-Württemberg	4.601	407	497	268	234	164	154	734	2.143
	Bayern	4.675	343	381	291	256	182	146	732	2.344
	Berlin	2.666	457	380	279	162	119	86	261	922
	Brandenburg	1.773	223	254	164	101	120	84	372	455
	Bremen	904	31	35	79	31	24	21	121	562
	Hamburg	2.045	415	130	111	66	71	61	409	782
	Hessen	3.948	174	481	233	211	144	118	609	1.978
	Mecklenburg-Vorpommern	845	106	99	61	63	32	32	184	268
	Niedersachsen	3.885	337	384	209	188	161	109	625	1.872
	Nordrhein-Westfalen	13.198	2.799	1.622	791	620	458	378	1.813	4.717
	Rheinland-Pfalz	1.229	165	176	86	80	55	57	187	423
	Saarland	817	69	86	52	30	28	18	113	421
	Sachsen	2.800	356	338	164	156	141	118	514	1.013
	Sachsen-Anhalt	972	107	155	67	62	61	38	153	329
	Schleswig-Holstein	2.475	191	369	216	140	100	84	406	969
	Thüringen	1.226	166	106	102	72	62	42	212	464

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2015	Baden-Württemberg	8.367	521	532	356	318	277	234	1.441	4.688
	Bayern	15.295	1.006	1.557	1.099	875	611	420	1.644	8.083
	Berlin	2.990	631	385	150	120	97	54	333	1.220
	Brandenburg	2.030	192	278	109	120	124	83	361	763
	Bremen	1.145	38	42	93	42	39	16	80	795
	Hamburg	1.940	327	124	73	65	60	51	284	956
	Hessen	7.056	297	824	362	293	177	128	787	4.188
	Mecklenburg-Vorpommern	1.271	116	138	76	75	59	22	224	561
	Niedersachsen	5.842	508	574	290	250	211	132	867	3.010
	Nordrhein-Westfalen	16.649	3.257	1.636	828	671	559	453	2.194	7.051
	Rheinland-Pfalz	1.677	190	179	96	82	67	48	292	723
	Saarland	1.638	85	162	90	54	31	22	167	1.027
	Sachsen	4.104	426	421	284	201	175	158	718	1.721
	Sachsen-Anhalt	1.433	137	178	88	76	54	60	249	591
	Schleswig-Holstein	4.026	402	503	286	177	141	122	533	1.862
	Thüringen	2.182	181	157	154	91	82	73	365	1.079

Jahr	Bundesland	Schutzmaßnahmen insg.	Davon nach Dauer der Maßnahme (von ... bis unter ... Tage)							
			1	2	3	4	5	6	7-14	15 und mehr
2016	Baden-Württemberg	11.714	564	571	360	316	298	259	1.537	7.809
	Bayern	6.730	383	446	283	217	202	152	772	4.275
	Berlin	2.005	582	237	130	87	57	24	167	721
	Brandenburg	2.930	270	328	133	144	120	63	385	1.487
	Bremen	1.330	12	51	112	18	/*	/*	59	1.051
	Hamburg	2.140	335	108	79	48	/*	/*	177	1.317
	Hessen	5.178	180	452	186	150	133	83	511	3.483
	Mecklenburg-Vorpommern	1.759	104	128	73	69	68	62	204	1.051
	Niedersachsen	8.347	484	477	230	204	166	147	808	5.831
	Nordrhein-Westfalen	22.193	2.713	1.804	859	678	502	430	2.254	12.953
	Rheinland-Pfalz	3.152	169	168	108	110	68	61	345	2.123
	Saarland	1.205	43	75	34	31	17	28	123	854
	Sachsen	5.774	284	388	196	177	136	135	696	3.762
	Sachsen-Anhalt	2.298	121	169	110	90	78	70	275	1.385
	Schleswig-Holstein	4.836	227	417	252	157	130	106	508	3.039
	Thüringen	2.639	159	145	115	78	88	70	306	1.678

* Aus Gründen statistischer Geheimhaltung nicht ausgewiesen

Quelle: Statistisches Bundesamt – Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Vorläufige Schutzmaßnahmen; versch. Jahrgänge; Zusammenstellung Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

